

Inhaltsverzeichnis

Beiträge

Univ.-Prof. Dr. Robert Freitag, Maître en droit, Erlangen-Nürnberg

Die neue BGH-Rechtsprechung zur kapitalerhaltungsrechtlichen Zulässigkeit der Stellung von *Upstream*-Sicherheiten und ihre Auswirkungen auf die Finanzierungspraxis

– Anmerkungen zum Urteil des BGH vom 21.3.2017 = WM 2017, 945 –

1633

OStA (HAL) a.D. Dr. Hans Richter, Stuttgart

Straftat der Marktmanipulation durch Unterlassen

– Das „Verschweigen bewertungsrelevanter Umstände“ (§ 20a Abs. 1 Nr. 1 Alt. 2 WpHG a.F.)

nach dem 1. FiMaNoG vom 30.6.2016 –

1636

Rechtsprechung

Bankrecht und Kapitalmarktrecht

Bundesgerichtshof 4.7.2017 II ZR 358/16* Zur Haftung des Gründungsgesellschafters, der sich zu den vertraglichen Verhandlungen über einen Beitritt eines Vertriebs bedient und diesem oder von diesem eingeschalteten Untervermittlern die geschuldete Aufklärung der Beitrittsinteressenten überlässt 1640

Bundesgerichtshof 27.6.2017 XI ZB 1/16* Zur Antragsberechtigung im Aufgebotsverfahren nach § 467 FamFG bei Anteilscheinen an einem offenen Rentenfonds 1641

Bundesgerichtshof 4.7.2017 XI ZR 562/15* Unwirksamkeit der in Darlehensurkunden eines Kreditinstituts für den Abschluss von Kreditverträgen mit Unternehmern enthaltenen formularmäßigen Klausel „Bearbeitungsentgelt für Vertragsschluss EUR 10.000 €“; Beginn der kenntnisabhängigen Verjährungsfrist des § 199 Abs. 1 BGB für Rückforderungsansprüche wegen unwirksam formularmäßig vereinbarter Bearbeitungsentgelte mit dem Schluss des Jahres 2011 auch bei Darlehensverträgen mit Unternehmern 1643

Bundesgerichtshof 4.7.2017 XI ZR 233/16* Unwirksamkeit der in Darlehensurkunden eines Kreditinstituts für Kreditverträge mit Unternehmern enthaltenen formularmäßigen Klausel zu einer „Bearbeitungsgebühr“ auch dann, wenn es sich um einen Kontokorrentkredit handelt 1652

Gesellschaftsrecht

Bundesgerichtshof 4.7.2017 II ZR 319/15* Zu den Voraussetzungen, unter denen die durch die Zahlung verursachte Schmälerung der Masse in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der Zahlung durch eine Gegenleistung ausgeglichen wird und damit die Ersatzpflicht des Organs für Zahlungen nach Insolvenzreife entfällt 1661

LG München I 27.2.2017 5 HK O 14748/16* Insbesondere zur Zulässigkeit einzelner Satzungsregelungen einer AG 1664

Insolvenzrecht und Zwangsvollstreckung

Bundesgerichtshof	29.6.2017	IX ZB 98/16*	Zur Berechtigung des Teilhabers, auch dann die Teilungsversteigerung des Grundstücks zu beantragen, wenn dessen Recht, jederzeit die Aufhebung der Gemeinschaft zu verlangen, gepfändet und sein Miteigentumsanteil an einem Grundstück im Rahmen einer Forderungsvollstreckung beschlagnahmt wird	1667
Bundesgerichtshof	13.7.2017	IX ZR 173/16*	Zur Gläubigerbenachteiligung, wenn die Gesellschaft ein von ihr selbst und ihrem Gesellschafter besichertes Darlehen gegenüber dem Darlehensgeber tilgt	1673

Dokumentation

Deutsche Rechtspolitik
aktuell

1. Diskussionsentwurf für ein Gesetz zur Einführung einer Musterfeststellungsklage; 2. Zinsberechnungen; 3. Bargeldversorgung

1676